

Angst um ein Trierer Original in Not: Stadtrat debattiert über künftige Trägerstruktur des Exhauses, dessen Verein aufgelöst wurde. **Seite 3**



Neues Gewerbegebiet in Trier-Euren: Nach dem Grundsatzbeschluss im Stadtrat beginnen im Herbst die Abrissarbeiten auf dem Gelände der ehemaligen General-von-Seidel-Kaserne. **Seite 4**



Maske auf? Beim landesweiten Kontrolltag am vergangenen Mittwoch stand die Prävention an erster Stelle. **Seite 7**



MIT AMTLICHEM BEKANNTMACHUNGSTEIL

OB Leibe appelliert an Trierer

Weil die Kurve mit den Infektionszahlen in Trier seit Anfang September wieder stark nach oben steigt und am vergangenen Wochenende eine unangemeldete Party von der Polizei aufgelöst werden musste, wendet sich OB Wolfram Leibe an die Triererinnen und Trierer: „Ich kann nur dringend gerade an die jungen Menschen in der Stadt appellieren: Die Pandemie ist nicht vorbei. Wenn sich die Fallzahlen stark ausbreiten, ist das für die Risikogruppen der älteren Menschen und der Menschen mit Vorerkrankungen eine große Gefahr.“ Dieser Appell gelte aber auch für Reiserückkehrer sowie für Menschen aller anderen Altersgruppen. Die 7-Tage-Inzidenz in der Stadt Trier liegt aktuell bei 26,1 (Stand: Montag, 13 Uhr). Sollte sie mehrere Tage bei 35 liegen, tritt die nächste Stufe des Warn- und Aktionsplans in Kraft. Das würde möglicherweise erneute Einschränkungen nach sich ziehen. **red**

Fortsetzung der Stadtratssitzung

Weil der Stadtrat in seiner vergangenen Sitzung am 6. Oktober erneut nicht alle Punkte der Tagesordnung in der vorgegebenen Zeit abarbeiten konnte, kommt er zu einer weiteren Fortsetzung am Montag, 26. Oktober, 17 Uhr, im Großen Rathaussaal zusammen. Auf der Tagesordnung stehen dann unter anderem der städtische Kinder- und Jugendförderplan 2021 bis 2023, die Neufestsetzung der Schmutzwassergebühr zum 1. Januar 2021, die Anforderungen zum öffentlich geförderten Mietwohnungsbau und zur Barrierefreiheit sowie die Satzung zur Erhebung von Eltern- und Verpflegungsbeiträgen für städtische Kitas. Erneut gibt es nur sehr wenige Besucherplätze wegen der Corona-Auflagen. Die Sitzung wird wieder im Bürgerrundfunk OK 54 übertragen. **red**

Noch bis 16. Oktober abstimmen

Für den Spruch zum neuen Trierer Fan-Logo können Interessierte noch bis Freitag, 16. Oktober, ihre Stimme abgeben. Möglich ist dies online unter trier-erleben.de. **red/Seite 9**

Zahl der Woche

105.681

So viele **Quadratmeter** umfasst die Gesamtfläche des neuen Gewerbegebiets, das auf dem Gelände der ehemaligen General-von-Seidel-Kaserne entsteht. Das entspricht etwa der Größe von 15 Fußballfeldern. **(Seite 4)**

Startschuss für Mammutprojekt

Stadtrat stimmt für Grundsatzbeschluss zum Neubau der Feuerwache gegenüber den Kaiserthermen

Es ist ein Projekt, das die Stadt seit über zehn Jahren beschäftigt und in seinen finanziellen Dimensionen immens ist: Der Neubau der Hauptfeuerwache mit Rettungswache und integrierter Leitstelle am Standort des alten Polizeipräsidiums. Mit dem einstimmigen Grundsatzbeschluss hat der Stadtrat nun den Startschuss dafür erteilt.

Von Björn Gutheil

Der schlechte bauliche Zustand der Feuerwache am Barbarauer ist offensichtlich. Das wurde auch bei der Pressekonzferenz deutlich, die vergangenen Dienstag vor der Stadtratssitzung in einer alten Fahrzeughalle aus den 1950er Jahren stattfand. Feuerwehrdezernent Thomas Schmitt sagte: „Die Notwendigkeit eines Neubaus wird hier deutlich sichtbar.“ Auch müssten einige Decken abgestützt werden, damit die Statik des alten Gebäudes hält. Doch nicht nur der schlechte bauliche Zustand macht einen Neubau erforderlich, wie Schmitt betonte: „Der neue Standort am alten Polizeipräsidium gegenüber den Kaiserthermen ermöglicht es uns, die zeitlichen Fristen zum Einsatzort einzuhalten, vor allem in den Höhenstadtteilen.“

In einem ersten Schritt wird nun die Abrissplanung für das alte Polizeipräsidium vergeben, da die Gebäude für eine weitere Nutzung nicht geeignet sind. Beginnen soll der Abriss, der bis Ende 2021 vollzogen sein soll, unmittelbar nachdem die Polizei im Frühjahr 2021 ausgezogen ist. Anschließend sind rund 20 Monate für archäologische Grabungen vorgesehen. Laut Schmitt wurde auf dem Gelände in der Vergangenheit bereits gegraben, jedoch noch nicht auf dem Hof. Die Bauphase läuft laut derzeitigem Plan ab dem ersten Quartal 2024 bis Ende 2026, sodass die Feuerwehr Anfang 2027 ihr neues Domizil beziehen könnte. Schmitt: „Es ist ein Marathon, der vor uns liegt. Aber es ist wichtig,



Einsatzbereit. Ab 2027 parken die Autos von Rettungsdienst und Feuerwehr nicht mehr vor dem Schlauchturm am Barbarauer, sondern gegenüber den Kaiserthermen an der Südallee. **Foto: Presseamt/gut**

jetzt damit zu beginnen.“ Der Dezernent betonte, dass beim Wettbewerbsverfahren zum Neubau auch die Generaldirektion Kulturelles Erbe (GDKE) einbezogen werde, da sich der künftige Standort in der Nähe des Weltkulturerbes Kaiserthermen befinde. Schmitt zeigte sich überzeugt, dem Standort mit dem Neubau der Feuerwache gerecht werden zu können.

Was die Kosten angeht, rechnet der Dezernent nach heutigem Stand mit rund 54 Millionen Euro. Es sei damit, „das größte Bauprojekt der Stadt seit Jahrzehnten“. Schmitt hofft für das Mammutprojekt auf einen großen Zuschuss durch das Land. Die Gesamtfläche der neuen Feuerwache wird circa 15.200 Quadratmeter betragen, wovon rund 13.000 Quadratmeter dem Brandschutz vorbehalten

ten und 2200 für den Rettungsdienst vorgesehen sind.

Ebenfalls auf dem Gelände des alten Polizeipräsidiums realisiert werden soll die integrierte Leitstelle, für deren Betrieb die Kreisverwaltung Trier-Saarburg als zuständige Behörde für den Rettungsdienst verantwortlich ist. Der Kreis hat die Stadt mit dem Bau der Leitstelle beauftragt. Landrat Günther Schartz verdeutlichte die Dimensionen, für die die Disponenten an den Telefonen zuständig sind: „Wir sind verantwortlich für ein rund 5000 Quadratmeter großes Gebiet, in dem über eine halbe Million Menschen leben.“ 2019 habe es 168.000 Einsätze in der Region gegeben. Alle Anrufe der 112 aus der Region gehen in der Leitstelle ein, von wo aus die Einsätze koordiniert werden. Schartz erläuterte, man habe diskutiert, wo die Leitstelle am besten angesiedelt werde und sich schließlich dafür entschieden, sie bei der neuen Feuerwache zu bauen. Vorteilhaft seien vor allem personelle Reserven durch die Feuerwehrleute und die vorhandene Infrastruktur.

Feuerwehrchef Andreas Kirchartz und sein Stellvertreter Olaf Backes freuen sich, dass mit dem Grundsatzbeschluss der Weg für das Großprojekt Feuerwache geebnet wurde. Backes hob die gewachsenen Aufgaben für Feuerwehr und Rettungsdienst und damit einhergehende Personalzuwächse und Platzbedarf hervor. Diesem kann – nicht zuletzt durch den Bau einer weiteren Fahrzeughalle im Brand- und Katastrophenschutzzentrum Ehrang – entsprochen werden, da die neue Feuerwache dadurch räumlich entlastet wird. Er sagte zudem, dass die Schmerzgrenze bei der Unterbringung der Kolleginnen und Kollegen am Barbarauer erreicht sei.

Die Fraktionen äußerten übereinstimmend ihre Freude darüber, dass das Großprojekt nun angegangen wird. Sie dankten der Verwaltung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Feuerwehr für ihren Einsatz.

Mit Moselpanorama

Traditions-Gaststätte Weißhaus wieder geöffnet

Eine Trierer Tradition lebt wieder auf: Das Restaurant Villa Weißhaus mit seinem einzigartigen Ausblick auf Trier und die Mosel hat seit dem vergangenen Wochenende wieder geöffnet. Mitten in der für Gastronomen besonders schwierigen Corona-Zeit gehen Pächter Atilla Gülgen und sein Team damit ein Wagnis ein und hoffen in der Zukunft auf viele Reservierungen für Hochzeiten, Familien- oder Firmenfeiern.

Vorangegangen waren einjährige Sanierungsarbeiten, wobei es Architektin Daniela Schäfer-Anell gelungen ist, den Einbau moderner Technik mit vielen Bezügen zur Geschich-

te des Hauses zu verbinden. Schon seit 2014 stand das im Kern knapp 200 Jahre alte klassizistische Gebäude, das unter Denkmalschutz steht, leer. Die Stadt als Eigentümerin hatte lange nach einem Investor gesucht, ehe 2019 mit Wolfgang Schäfer und seiner Immobilienfirma IFA ein Partner gefunden wurde, der das Grundstück in Erbpacht übernahm und 1,5 Millionen Euro in die Renovierung investierte. OB Wolfram Leibe gratulierte zur Eröffnung: „Heute ist ein glücklicher Tag für Trier. Im neuen Café Weißhaus verbinden sich bürgerschaftliches Engagement und Unternehmermut.“ **sig**



Willkommen. Sie freuen sich auf viele Gäste im Restaurant Villa Weißhaus: Betriebsleiterin Olga Martaler, Nicole Martaler (Frühstückservice), Geschäftsführer Atilla Gülgen und Eventmanager Deniz Scholz (v. l.) **Foto: PA/ig**

Meinung der Fraktionen

Die Beiträge dieser Seite werden inhaltlich von den im Stadtrat vertretenen Fraktionen verantwortet, unabhängig von der Meinung des Herausgebers

B 90/Die Grünen-Fraktion
Tel. 0651/718-4080 od. 48834
E-Mail: gruene.im.rat@trier.de

Die Linke-Fraktion
Tel. 0651/718-4020
E-Mail: linke.im.rat@trier.de

CDU-Fraktion
Tel. 0651/718-4050, 48272
E-Mail: cdu.im.rat@trier.de

AfD-Fraktion
Tel. 0651/718-4040
E-Mail: afd.im.rat@trier.de

SPD-Fraktion
Tel. 0651/718-4060, 42276
E-Mail: spd.im.rat@trier.de

FDP-Fraktion
Tel. 0651/718-4090
E-Mail: fdp.im.rat@trier.de

UBT-Fraktion
Tel. 0651/718-4070, 47396
E-Mail: ubt.im.rat@trier.de

Exhaus bewegt



Die rasant eingetretene Regelsolvenz des Exhaus e.V. hat alle Bürger:innen in Trier überrascht. Dieser Verlust einer beinahe 50-jährigen Institution macht betroffen. Und die Frage steht im Raum, wie es nun weitergeht. Für uns stand im Vordergrund, dass die Angebote und Strukturen weitergeführt und vor allem erhalten werden sowie der Schießgraben als Raum für die Jugend und Jugendkulturarbeit weiter ertüchtigt wird. Wie die anderen Fraktionen begrüßen wir das schnelle und proaktive Handeln der Verwaltung.

Kein Zeitaufschub

Entgegen anderer Verlautbarungen gibt es keinen Zeitaufschub, um eine nachfolgende Trägerstruktur zu finden. Aus insolvenzrechtlicher Sicht muss bis 31. Dezember eine neue Trägerschaft gefunden werden, die die Angebote teil-

weise oder im gesamten übernimmt. Wegen der drängenden Zeit wäre eine offene Lösungssuche daher begrüßenswert gewesen.

Doch der in der jüngsten Ratssitzung verabschiedete Antrag von CDU/Linke/Grünen schränkt die Lösungsfindung auf einen einzigen Träger ein. Einer eventuellen Sicherung der Angebote durch mehrere Träger wurde so ein Riegel vorgeschoben. Was geschieht, wenn sich dieser eine Träger nicht finden lässt? Trotz mehrfacher Nachfragen wurde dies von den Antragstellern nicht beantwortet.

Auch die Klarstellung der grünen Sozialdezernentin Elvira Garbes, dass dieses Vorgehen für den Erhalt nicht hilfreich sei, wurde ignoriert. Sollte sich also kein alleiniger Träger finden, wurden durch diesen Antrag die vom Exhaus erarbeiteten Strukturen und sozialen Angebote massiv gefährdet. Das erklärt, warum wir diesem Punkt nicht zustimmen konnten.

Julia Bengart, jugendpolitische Sprecherin

Hilfe für Moria



„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Darüber waren sich die Ratsfraktionen in der vergangenen Sitzung bei der Debatte über den Antrag „Moria-Evakuierung“ einig. Ziel war es, die Bundesregierung aufzufordern, bei der Evakuierung des abgebrannten Flüchtlingslagers auf der Insel Lesbos zu helfen. Außerdem erklärte sich die Stadt Trier bereit, 100 Menschen von dort aufzunehmen und sie menschenwürdig in unserer Kommune unterzubringen.

Leider war sich der Rat bei der Abstimmung nicht einig. Obwohl von allen Seiten die Menschenwürde als höchstes Gut betont wurde, folgte von den Gegnern des Antrags immer ein „Ja, aber die Kosten!“. Ich finde, in diesem Fall darf es kein „Ja, aber...“ geben. Die unmenschlichen Zustände im Flüchtlingslager Moria müssen so schnell wie möglich beendet werden. Zu lange haben wir die Augen vor dieser Katastro-

phe verschlossen. Vielmehr waren wir in den vergangenen Monaten durch die Coronapandemie so mit uns selbst beschäftigt, dass das Elend auf Lesbos verdrängt wurde. Die Stimmen, die eindringlich auf die Lebenssituation der Flüchtlinge aufmerksam machten, wurden übertönt von denjenigen, die sich beschwerten, dass ihre Urlaubsreise dieses Jahr wegen Corona ausfällt oder die sich über die verschiedenen Maßnahmen echauffierten, die angeblich ihre persönliche Freiheit einschränken.

Wir dürfen uns nicht länger hinter dem Kostenargument verstecken, denn das ist angesichts der humanitären Katastrophe zweitrangig. Unsere Kommune hat ihre Erfahrungen im Flüchtlingssommer 2015 gemacht und dadurch eine entsprechende Infrastruktur aufgebaut. Deshalb ist sie in der moralischen Pflicht, schnell und unbürokratisch zu helfen.

Katharina Haßler-Benard, stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Verantwortungslose Schuldenpolitik



Wiederholt hat es Trier zuletzt unter die Top Ten der meistverschuldeten Städte Deutschlands geschafft. Die Aussichten sind gut, dass wir diesen Spitzenplatz verteidigen oder sogar noch ausbauen. Denn mit dem jetzt beschlossenen Nachtragshaushalt erhöht sich der Schuldenstand allein im Haushaltsjahr 2020 auf 70 Millionen Euro. Die Gesamtschulden überschreiten Ende des Jahres 800 Millionen, das Eigenkapital liegt deutlich unter null.

Wäre die Stadt Trier ein Privatunternehmen, müsste sie umgehend Insolvenz anmelden. Auch für die kommenden Jahre sind die Aussichten nicht besser – die angestrebte „schwarze Null“ ist in weite Ferne gerückt. Dabei ist der größere Teil der Neuverschuldung nicht Corona-bedingt, sondern strukturellen Defiziten geschuldet. Unsere Sozialausgaben steigen weiter stark an. Die Bewältigung der politisch gewollten Migration fordert jetzt ihren ökonomischen

Preis. Auch der rasante Kita-Ausbau ist nicht pure Notwendigkeit, sondern beruht auf der Entscheidung, Kindererziehung immer mehr in die Hände des Staates zu geben. Das führt nicht nur zu Fachkräftemangel und unzureichender Betreuungsqualität, sondern schlägt sich auch von Jahr zu Jahr stärker in unserem Haushalt nieder.

Hinzu kommt, dass der Stadtrat mit ständig neuen Beschlüssen die Ausgaben nach oben treibt. Nahezu in jeder Sitzung werden neue Prüfaufträge und Projekte beschlossen, in der Regel auch mit neuen Stellen hinterlegt. Zum Teil ideologisch motiviert, meistens „nice to have“, in jedem Fall aber unverantwortlich in einer völlig überschuldeten Stadt. Wir beteiligen uns nicht daran, mit einer solchen unsocialen Schuldenpolitik die Probleme in die Zukunft zu verschieben und damit unseren Kindern und Enkeln aufzuladen. Die AfD-Fraktion hat den Nachtragshaushalt daher abgelehnt. **AfD-Fraktion**

Eine neue Feuerwache



Ein kleiner Schritt für den Stadtrat, ein großer Schritt für die Trierer Feuerwehr – so kann man die Zustimmung zum Grundsatzbeschluss für den Neubau der Hauptfeuerwache mit Rettungswache und integrierter Leitstelle zusammenfassen. Die Vorlage, die der Rat beschlossen hat, mag unscheinbar sein, aber man kann sie getrost als historisch bezeichnen. „Die Fakten sind auf dem Tisch, wir können die Situation nicht verschweigen. Es muss etwas geschehen und zwar in absehbarer Zeit.“ Diese Sätze wurden 2008 vom früheren Bürgermeister Georg Bernarding und dem damaligen Feuerwehrchef Herbert Albers-Hain gesagt, nachdem man dem Ausschuss eine Gefahrenanalyse präsentiert hatte. Daraus ging hervor, dass viele Stadtteile nicht im Rahmen der vorgeschriebenen Hilfsfristen erreicht werden können.

Und ja, es hat sich schon einiges getan: Das Brand- und Katastrophenschutzzentrum in Eh-

rang wurde gebaut und ist seit einigen Jahren in Betrieb. Aber die Hauptwache ist nach wie vor marode. Unser Dank gebührt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Feuerwehr, die unter äußerst schwierigen Umständen dort ihren Dienst tun. Nach ein paar Irrwegen an die Spitzmühle unter dem damaligen Dezernenten Thomas Egger sind wir nun mit dem alten Polizeipräsidium endlich an einem Standort angekommen, der der Sicherheit der Trierer Bevölkerung dient.

Auch wenn der anvisierte Fertigstellungstermin 2027 noch weit hin klingen mag – übrigens gut begründet mit dem ausstehenden Auszug der Polizei sowie der notwendigen Grabungszeit der Archäologie von 22 Monaten – so bietet er den Mitarbeitern zum ersten Mal in der mittlerweile zwölfjährigen Saga eine konkrete Perspektive. Wir freuen uns, dass dieses wichtige Projekt für Trier jetzt in eine neue Phase geht. **Thorsten Wollscheid, CDU-Fraktion**

Schöne neue Busse



Sie sind schick, sie sind modern und verfügen über ein erweitertes Fahrgastinformationssystem, die zehn neuen Linienbusse der Stadtwerke. Doch sie fahren mit Diesel. Das bedeutet nach einer Studie aus dem letzten Jahr, dass sie 1,21 Kilogramm CO₂ pro Kilometer ausstoßen. Das sind bei einer Fahrleistung von 4,4 Millionen Kilometer im Jahr für die gesamte SWT-Flotte etwa 5300 Tonnen CO₂. Das ist immer noch weniger, als der entsprechende Autoverkehr verursachen würde.

Es geht aber noch besser. Lassen wir die Elektrobusse mal außen vor. Die erreichen erst in einigen Jahren die entsprechende Reichweite von über 300 Kilometern täglich, die für unser Liniennetz benötigt werden. Außerdem ist der Anschaffungspreis mit etwa dem doppelten Preis ohne Förderung nicht zu stemmen. Alternativ bietet sich eine ausgereifte Technik mit neuem Brennstoff an: Biogasbusse. Mit 0,23

Kilogramm CO₂ pro Kilometer ließen sich etwa 4300 Tonnen CO₂ im Jahr einsparen. Die Betriebs- und Anschaffungskosten liegen nur unwesentlich höher als beim Diesel. Das Biogas kann in der Region gewonnen werden, aus Rest- und Abfallstoffen, und somit zur regionalen Wertschöpfung beitragen. Die Lärmemissionen sind um etwa 50 Prozent niedriger, Stickstoffoxide verringern sich um etwa 60 und der Feinstaub nimmt sogar um bis zu 90 Prozent ab.

Werden die Busse als Mild-Hybrid-Busse angeschafft, so dass die Bremsenergie zurückgewonnen wird und der Startvorgang elektrisch abläuft, spart das nochmal etwa 13 Prozent Kraftstoff und ist deutlich leiser. Augsburg, Gießen und viele weitere Städte fahren schon mit Biomethan. Seit diesem Jahr stellt auch Koblenz seinen Antrieb auf erneuerbar um. Wir sollten die nächsten sein. Dafür setze ich mich weiterhin in den entsprechenden Gremien ein.

Thorsten Kretzer, Sprecher*in ÖPNV

Digitalisierung an Schulen geht voran



Manchmal muss erst etwas Einschneidendes und Unerwartetes passieren, damit eine Reaktion folgt. So auch beim Thema Digitalisierung an Schulen. Corona hat gezeigt wie wichtig es ist, dass Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben, auch digital zu lernen. Dass jedoch nicht alle Schülerinnen und Schüler Zugriff auf ein entsprechendes Gerät haben, wurde in den Wochen der Schulschließungen deutlich.



Christian Schenk

Dies führt zu Chancengleichheiten.

Um dies auszugleichen und allen Schülerinnen und Schülern den Zugang zu digitalen Medien zu ermöglichen, begrüßen wir es, dass die Stadt Trier sich im Rahmen des Sofortausstattungsprogramms des Bundes beteiligt und für die

Ausstattung der Schulen 1292 iPads und 510 Laptops bestellt hat.

Lehrer haben sich weitergebildet

Ebenso begrüßen wir die Initiative der Lehrerinnen und Lehrer in Rheinland-Pfalz, von denen sich bereits 10.000 (von 41.000) im Bereich digitale Schule fortgebildet haben. Wenn es nun noch geschafft wird, einheitliche Standards für Lernplattformen usw. zu schaffen, dann kommen wir beim Thema Digitalisierung von Schulen richtig voran. Hier steht das Land Rheinland-Pfalz in der Pflicht, entsprechende Angebote zu unterbreiten und die finanziellen Mittel für die Kommunen bereitzustellen.

Christian Schenk, UBT-Fraktionsvorsitzender

Exhaus: Alles bleibt zusammen



Nach dem Schock der Insolvenz des Exzellenzhaus e.V. wurde der erste und in eine neue Zukunft weisende Teilschritt erreicht: In der Stadtratssitzung am 6. Oktober wurde mit den Stimmen der Grünen, der CDU und der Linksfraktion ein wichtiger und zukunftsweisender Beschluss gefasst: „Eine dauerhafte Zersplitterung des Leistungsspektrums in Teilbereiche wird vom Stadtrat abgelehnt.“ Genau das war unsere Forderung, die wir gemeinsam mit den Betroffenen, mit den Freund*innen des Exhauses entwickelt haben. Hut ab vor den beiden anderen Fraktionen, die mit uns gemeinsam geschlossen und standhaft den Antrag durchgebracht haben.

Was heißt das für die Zukunft? Die Bürger*innen der Stadt Trier, die Mitglieder des Vereins Exzellenzhaus e. V. sowie die ehrenamtlich und hauptamtlich Tätigen haben nun Zeit, eine neue Trägerstruktur zu entwickeln, die auch in Zukunft im Geist und in der Herangehensweise

des Vereins die verschiedenen Aufgabenfelder im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit (Hort, Streetwork, offene Jugendarbeit, Fanprojekt, Jugendkultur, Medien) für Trier-Nord unter einem neuen institutionellen Dach vereint.

Schnelle und unwiderrufliche Entscheidungen der Verwaltung, die einzelnen Sparten des Vereins an andere Träger zu vergeben beziehungsweise die Jugendkulturarbeit ganz aufzulösen, sind damit vom Tisch. Zusammen mit dem bisherigen Verein, mit Expert*innen und der Unterstützung der Verwaltung können verschiedene Alternativen, zum Beispiel die Neugründung eines Vereins oder einer Genossenschaft, auf der Grundlage neuer tragfähiger Konzepte entwickelt, geprüft und verglichen werden, sodass am Ende ein neuer Träger steht, der in der Funktionsnachfolge die Aufgaben und Leistungen des bisherigen Vereins übernehmen kann. Das ist unser Ziel.

Theresa Görger, Linksfraktion

Unterstützung für Gastronomie

Der Stadtrat hat weitere Beschlüsse gefasst, die die infolge der Coronapandemie stark gebeutelte Gastronomie unterstützen soll – vor allem in den bevorstehenden Wintermonaten. So ermöglicht die Verwaltung den Gastronomen, bis zum 31. März 2021 über aktuell genehmigte Flächen für den gastronomischen Betrieb hinauszugehen. Da nun die kalten Wintermonate bevorstehen, lässt die Verwaltung weitere Ausnahmen zu: So dürfen auf Antrag Zelte und Planen zum Schutz vor Regen und Kälte aufgestellt werden, die gemäß der Sondernutzungssatzung eigentlich nicht zulässig sind.

Des Weiteren beschloss der Stadtrat, die Sondernutzungsgebühren für die Terrassennutzung bis zum 30. Juni nächsten Jahres zu erlassen. Die SPD forderte, auf die Gebühren bis zum Jahresende 2021 zu verzichten, wofür sie jedoch keine Mehrheit erhielt. Die Verwaltungsvorlage sah den Gebührenerlass bis 31. März vor – CDU und UBT forderten in einem Änderungsantrag – der die Mehrheit fand – die Verlängerung bis Ende Juni. Im ersten Quartal 2019 nahm die Stadt Gebühren für die Terrassennutzung in Höhe von 5000 Euro ein. Ordnungsdezernent Thomas Schmitt betonte den Ausnahmecharakter des Beschlusses und kündigte eine ohnehin geplante neue Sondernutzungssatzung nach dem Ende der Pandemie an, die dann auch konsequent umgesetzt werde.

gut

Gelebte Demokratie im Stadtrat



Im Gegensatz zu Fraktionen ist es mir, als parteilosem Stadratsmitglied nicht gestattet, freie Anträge einzubringen oder regelmäßig in der Rathaus Zeitung meine politische Meinung zum Ausdruck zu bringen.

Oft wird mit irrelevanten Scheindebatten über irrelevante Themen, die nicht im Stadtrat, sondern nur auf Bundesebene entschieden werden können, eine vermeintlich humanistische Weltoffenheit demonstriert. Die eigentlichen Probleme dieser Stadt werden zerredet. Jede Partei vertritt ihre eigenen, ideologischen, parteipolitischen Interessen. Unterstützt wird dieses demokratische Scheintheater vom Trierischen Volksfreund, der lückenhaft, einseitig und damit tendenziös informiert. Die Rathaus Zeitung ist da keine Ausnahme. Als parteiloses Stadratsmitglied werde ich in beiden Blättern komplett ignoriert. Falls man, wie ich, im Stadtrat eine abweichende Meinung vertritt oder kritische Fragen stellt, bietet der Oberbürgermeister schnell schon einmal Nachhilfe an. Selbstverständlich unter dem Gelächter einer Vielzahl von Stadratsmitgliedern. Das ist pubertäres Verhalten. Ich werde mich von diesem infantilen Gehabe nicht abschrecken lassen. Ich bin demokratisch gewählt und werde mich weiterhin für die Bürger der Stadt Trier einsetzen.

Dr. med Ingrid Moritz, parteiloses Stadratsmitglied

Dr. med Ingrid Moritz ist parteiloses Stadratsmitglied. In unregelmäßiger Folge kann sie analog zu den Stadtratsfraktionen auf Seite 2 an dieser Stelle ebenso wie die Fraktionen Beiträge zum Handeln von Rat und Verwaltung in eigener inhaltlicher Verantwortung veröffentlichen, unabhängig von der Meinung des Herausgebers. Die Redaktion

Angst um ein Trierer Original

Rat debattiert über Trägerstruktur des Exhauses / Stadt setzt sich für Erhalt der Angebote ein

Über eine Stunde diskutierte der Stadtrat über die Zukunft des Exhauses, dessen Trägerverein infolge des laufenden Insolvenzverfahrens aufgelöst wurde. Einig waren sich alle Fraktionen in der Bedeutung der Einrichtung für die Stadt. Diskussionen gab es jedoch über die Suche nach einem neuen Träger.

Von Björn Gutheil

Vor Beginn der Debatte informierte Bürgermeisterin Elvira Garbes über die aktuelle Situation: „Unser Jugendamt arbeitet mit dem Insolvenzverwalter daran, wichtige Teile des Vereins in neue, tragfähige Strukturen zu überführen.“ So gebe es für die Medienarbeit, die Jugendkulturarbeit und den „Bunker“ in Trier-Nord, in dem viele Bands proben, Gespräche mit Trägern, um sie zunächst temporär weiterlaufen zu lassen. Für das Fanprojekt wurde laut Garbes eventuell ein neuer Sponsor gefunden. Es sei aber „alles noch in Klärung“. Was den Hort betrifft, hat Insolvenzverwalter Professor Thomas Schmitt kurzerhand eine Gesellschaft gegründet, damit der Betrieb nahtlos weiterlaufen kann. Die Bürgermeisterin betonte die Bedeutung des Exhauses: „Es ist mehr als nur ein Gebäude, es ist ein Lebensgefühl, das mit schönen Erinnerungen verbunden ist. Viele sind traurig, dass der Verein nicht mehr existiert, aber wir müssen den neuen Tatsachen ins Auge sehen.“ Das Insolvenzverfahren in Eigenverantwortung wurde im September in ein Regelin-solvenzverfahren überführt, in dem der Insolvenzverwalter nun die Entscheidungen trifft.

300.000 Euro Zuschüsse

Garbes betonte, die Stadt habe viel getan, um dem Exhaus zu helfen. So flossen 2016 bis 2019 rund 300.000 Euro an Zuschüssen an den Verein, der infolge von Brandschutzvorgaben seit 2016 mit Mindereinnahmen bei den Konzerten zu kämpfen hatte. Verschärft wurde die Situation, als im Februar 2019 das komplette Gebäude aufgrund baulicher Mängel geschlossen werden musste. Garbes sagte, es sei ein Zusammenkommen verschiedener Ereignisse gewesen, die zu dem traurigen Ergebnis geführt hätten. Sie sicherte zu, dass alles getan werde, damit es weitergehe. Bis Ende des Jahres muss ein Träger gefunden werden, der die Aufgaben des Exhauses dauerhaft übernimmt. Garbes versicherte, jeden interessierten Träger wohlwollend zu prüfen. „Wir können jedoch nicht einen Träger selbst formieren oder gründen“, stellte sie klar. Den gemeinsamen Antrag von Grünen, CDU und Linken hielt Garbes für nicht zielführend, auch wenn sie ihn emotional verstehen könne.



Geschlossen. Seit Anfang 2019 ist das Exhaus-Gebäude aufgrund baulicher Mängel zu. Bei der jüngsten Ratssitzung demonstrierten wieder mehrere Hundert Menschen dafür, die Kulturarbeit des Exhauses unter neuer, freier Träger-schaft zu erhalten und die Bauarbeiten am Gebäude fortzusetzen. Foto: Presseamt/gut

Grüne, CDU und Linke forderten in ihrem Antrag, der mit 29 Ja- zu 23 Nein-Stimmen und einer Enthaltung beschlossen wurde, dass ein neuer Träger die verschiedenen Aufgabenfelder des Exhauses (Hort, Streetwork, offene Jugendarbeit, Fanprojekt, Jugendkultur, Medienarbeit) unter einem Dach vereint. „Eine dauerhafte Zersplitterung des Leistungsspektrums in Teilbereiche“ wird abgelehnt.

Norbert Freischmidt, der den Antrag für die CDU begründete, sagte: „Es soll ein neuer Träger gesucht werden, der das Leistungsspektrum übernimmt. Die Verwaltung soll prüfen, welche Trägerstruktur zweck- und zielführend ist.“ Wolf Buchmann (Grüne) betonte ebenfalls, es müsse eine neue Trägerstruktur aufgebaut werden, damit die Dinge besser weitergeführt werden könnten. Es sei wichtig, die Arbeit, die das Exhaus geleistet habe, zu erhalten. Er appellierte, den Exhaus-Verein als erfolgreichen Verein in Erinnerung zu behalten – nur die letzten beiden Jahre habe es nicht

mehr funktioniert. Auch der unterstützende Beitrag durch die Stadt sollte erwähnt werden, so Buchmann.

Theresia Görge betonte, man wolle mit dem Antrag eine „Zersplitterung des Angebots vermeiden“, denn „das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile“. Sie sagte, das Exhaus stehe seit fast 50 Jahren für gute kulturelle und sozialpädagogische Arbeit. Görge stellte die Frage, wer die Verantwortung für die Einnahmeverluste seit 2016 trage. Nach Brandschutzvorgaben und der Schließung des Gebäudes sei dann noch Corona gekommen, was dem Verein den Rest gegeben hätte, so Görge.

Julia Bengart (SPD) kritisierte den Antrag, da die Gefahr bestehe, sich Lösungsmöglichkeiten zu verschließen, da es Träger geben könnte, die nicht alle Bereiche übernehmen wollten. Die Zeit dränge, da die Trägerschaft bis 1. Januar geklärt sein müsse. Sie bedauere, dass das Insolvenzverfahren in Eigenverantwortung nicht funktioniert habe. Von „Zerschlagung“ des Vereins könne nicht gesprochen werden, da das Insolvenzverfahren die Auflösung vorsehe und daran könne man nichts ändern, so Bengart.

Bernd Schulz (AfD) forderte eine „Enttabuisierung der Debatte“. Ein Verkauf oder eine Umnutzung des Gebäudes dürften nicht ausgeschlossen

werden. Zwar wolle man die Rahmenbedingungen für die Arbeit des Exhauses ermöglichen, aber es dürfe keine Denkverbote geben. Ein Alternativantrag der AfD, der vorsah, alternative Nutzungskonzepte für das Gebäude in der Zurmaiener Straße und einen möglichen Verkauf zu prüfen, lehnte der Rat mit großer Mehrheit ab.

Tobias Schneider (FDP) bezeichnete den Antrag von Grünen, CDU und Linken als „Augenwischerei“. Es sei ein Simulieren von Lösungen, die es nicht geben könne, so Schneider. „Es kann nicht die Lösung sein, dass alles wieder in ähnliche Strukturen gegossen wird“, so Schneider. Ihm gehe es darum, sagte der FDP-Politiker, dass gut geleistete Arbeit fortgeführt werden müsse. Die Struktur dahinter sei erstmal nachrangig.

Eine Aufarbeitung, wie es soweit kommen konnte, forderte Christian Schenk (UBT). Er betonte, dass die Stadt nicht mehr Herrin des Verfahrens sei und lehnte die Stoßrichtung des Antrags, dass der künftige Träger alle Bereiche übernehmen müsse, ab.

Dr. Ingrid Moritz (parteilos) sagte, die finanzielle Notlage des Vereins sei lange bekannt gewesen und die Insolvenz hätte verhindert werden können. Der Verein habe gute Arbeit geleistet und es sei wichtig, dass Jugendliche eine Anlaufstelle haben.

Aus dem Stadtrat

Rund fünf Stunden dauerten die beiden Sitzungen des Stadtrats am vergangenen Dienstag, die OB Wolfram Leibe und Bürgermeisterin Elvira Garbes leiteten. Weil die Tagesordnung der Fortsetzungssitzung vom 22. September wieder nicht komplett erledigt wurde, kommt das Gremium am Montag, 26. Oktober, 17 Uhr, erneut zusammen.

Zu Beginn der Fortsetzungssitzung teilte Oberbürgermeister Wolfram Leibe mit, dass zum 1. Januar 2021 die neue gemeinsame Geschäftsstelle für den Seniorenbeirat sowie für die Beiräte für Menschen mit Behinderung und für Migration und Integration ihre Arbeit aufnimmt. Der Stadtrat fasste danach unter anderem folgende Beschlüsse:

Umbesetzungen. Im Nachgang zur Verpflichtung des neuen AfD-Ratsmitglieds Bernd Schulz in der

Sitzung vom 22. September beschloss der Stadtrat mehrere Ausschussneubesetzungen: Schulz, der die Nachfolge von Cornelia Doeschl angetreten hat, vertritt seine Fraktion im Sozial-Dezernatsausschuss sowie im Schulträger- und im Jugendhilfeausschuss. Das Mandat von Doeschl im Bauausschuss übernimmt nach dem Ratsbeschluss Christa Kruchten-Pulm. Außerdem gab es einen Wechsel im TTM-Aufsichtsrat: Schulz übernimmt das Mandat von Doeschl. Zudem stimmte der Stadtrat drei Umbesetzungen bei der Linksfraktion zu: Marc-Bernhard Gleißner übernimmt das Mandat von Matthias Koster im Dezernatsausschuss III, den umgekehrten Wechsel gibt es im SWT-Verwaltungsrat. Im Aufsichtsrat der EGP tritt Theresia Görge die Nachfolge von Jörg Johann an. red

Signal der Menschlichkeit

Rat stimmt für Aufnahme von Moria-Flüchtlingen

Die Stadt Trier soll bis zu 100 Menschen aus dem griechischen Flüchtlingslager Moria aufnehmen, wobei Land und Bund die Kosten tragen sollen. Dies hat der Stadtrat gegen die Stimmen der AfD-Fraktion in seiner jüngsten Sitzung beschlossen. In einer Diskussion, die teilweise sehr emotional geführt wurde, führten verschiedene Ratsmitglieder die erbärmlichen Bedingungen an, unter denen die Flüchtlinge litten und bekräftigten ihren Wunsch, schnell zu helfen.

Anja Reinermann-Matatko (Bündnis 90/Grüne) erklärte, mit dem gemeinsamen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Linke, FDP und UBT signalisiere man: „Wir in Trier haben Platz für Flüchtlinge aus diesem Camp.“ Grundvoraussetzung für die Aufnahme sei allerdings die Kosten-

übernahme durch Land und Bund, da Trier als stark verschuldete Gemeinde eine „freiwillige Leistung“ dieser Größenordnung nicht beschließen dürfe. Auch Rednerinnen und Redner der anderen Fraktionen betonten, sie wollten ein Signal geben und führten Mitmenschlichkeit, Solidarität und grundsätzliche Werte an. Dr. Maria Duran-Kremer (SPD) erläuterte noch einmal, die Flüchtlinge aus Moria, die Deutschland jetzt aufnehmen, hätten bereits ein Asylverfahren erfolgreich abgeschlossen. Michael Frisch (AfD) hingegen nannte es eine „Anmaßung“ des Stadtrats, über das Budget von Land und Bund bestimmen zu wollen und sah durch den Antrag die föderale Struktur des Staates untergraben. Bürgermeisterin Elvira Garbes bekräftigte, Trier schaffe es, bis zu 100 Menschen aufzunehmen. bau

Ein Glücksfall für die Wirtschaft

Gewerbegebiet auf dem Gelände der ehemaligen Seidel-Kaserne beschlossen / Abriss bestehender Gebäude beginnt im Herbst

OB Wolfram Leibe freute sich als Wirtschaftsdezernent sichtlich, dass das Votum des Stadtrats zum Grundsatzbeschluss zur Entwicklung der General-von-Seidel-Kaserne (GvS) mit 51 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen einstimmig ausfiel. Im November beginnen die Abrissarbeiten und machen den Weg für das neue, rund 10,5 Hektar große Gewerbegebiet in Euren frei.

Von Johanna Pfaab

Die Stadt hatte 2019 das Gelände an der Luxemburger Straße vom Bund erworben und beabsichtigt nun ein rund 10,5 Hektar großes Gewerbegebiet zu bauen. Das Gelände soll unter Mitwirkung der Stadtwerke zu einem nachhaltigen, CO₂-neutralen Zukunftspark entwickelt werden. Der Flächennutzungsplan (FNP) 2030 sieht einen Bedarf von gut 50 Hektar an neuen Gewerbeflächen vor. Im Hinblick auf den FNP ist das Gelände für Richard Leuckefeld (Die Grünen) nicht nur „ein Glücksfall“, sondern auch eine der wichtigsten kommunalen Wirtschaftsförderungsmaßnahmen der letzten Jahre. Die Stadt stehe unter einem gewissen Handlungsdruck, da auch andere Gemeinden und Städte Gewerbegebiete rund um Trier erschließen. Jetzt sei die Stadt allerdings wieder in der Lage, kleinen und mittelständischen Betrieben ein Ansiedlungsangebot machen zu können. Bei der geplanten Parzellierung soll eine Ansiedlung kleiner Firmen ermöglicht werden, gleichzeitig soll durch Zusammenlegung mehrerer Parzellen auch die Möglichkeit bestehen, größere Betriebe anzusiedeln. Birgit Falk (CDU) betonte, dass die Entwicklung von Gewerbeflächen auch mit Blick auf die Gewerbesteuer wichtig sei. „Wir brauchen dringend die Entwicklung dieser Flächen, denn ohne Gewerbeflächen keine



Neues Domizil. Gemeinsam mit Vertretern der Löschzüge Euren und Zewen begutachten Feuerwehr-Dezernent Thomas Schmitt, Ortsvorsteher Hans-Alwin Schmitz, OB Wolfram Leibe (v. l.) und der stellvertretende Feuerwehr-Chef Olaf Backes (5. v. l.) das Gelände des zukünftigen Standorts. Foto: PA/jop

Gewerbesteuern und ohne Gewerbesteuern auch kein Geld für viele Dinge im städtischen Haushalt“, resümierte Falk. Auch die FDP-Fraktion betonte, wie wichtig die Gewerbeentwicklung sei und zeigte sich erfreut, dass dieses wichtige Projekt in die Umsetzung gehen kann.

Thematisiert wurde im Stadtrat auch das Altlastengutachten. Mögliche Kosten für Belastungen für Böden und Verkehrsflächen in Form von Altlasten können momentan nur geschätzt werden. Eine Prognose sei nie überraschungsfrei, allerdings wurden auf dem Gelände nie schwere Altlasten gelagert, weshalb Leibe die Wahrscheinlichkeit von neuen Funden für relativ gering hält.

Für Diskussionen sorgte der im Grundsatzbeschluss enthaltene Prüfungsantrag, ob die Unterbringung von Verwaltungseinheiten auf dem Gelände sinnvoll ist. Ein Umzug der Verwaltungseinheiten hat wirtschaftliche Vorteile, was die Gesamtwirtschaftlichkeit des Projekts steigern würde.

Eurens Ortsvorsteher Hans-Alwin Schmitz (UBT) wies darauf hin, dass es wichtig sei, dem eigentlichen Vorhaben, der Entwicklung von Gewerbeflächen, Rechnung zu tragen. Falls sich die Unterbringung als sinnvoll erweisen würde, so sei darauf zu achten, dass es sich um einen wesentlich kleineren Teil des Geländes handeln sollte. „Es wäre für die weitere Entwicklung unserer Stadt nicht gut, wenn wir diese wertvollen Gewerbeflächen für Verwaltungseinheiten nutzen würden, wenn es anders geht“, argumentierte Falk (CDU). Leibe erwiderte, dass es hierbei nur um die erhaltenswerten Gebäude gehe, die aus ökologischen Gründen saniert werden, für die dann eine Nutzung gefunden werden muss. Die meisten Gebäude werden abgerissen.

Gemeinsamer Feuerwehrstandort

Den Bau des gemeinsamen Feuerwehrgerätehauses für die Löschzüge Euren und Zewen hatte der Stadtrat

bereits im Frühjahr 2019 beschlossen. Jetzt hat der Stadtrat mit 51 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen, dass neben den beiden Wehren auch die Facheinheit Rettungshunde/Ortungstechnik und Einheiten des Katastrophenschutzes mit in das Gebäude ziehen. Die Vertreter der freiwilligen Feuerwehren der Stadt Trier müssen auch Zusatzaufgaben außerhalb des Brandschutzes und der technischen Hilfe wahrnehmen. Durch die Einheiten des Katastrophenschutzes am gleichen Standort kann die Aufgabenerweiterung in diesem Bereich durchgeführt werden. Durch die neuen Einheiten kommt es jedoch nicht zu steigenden Gesamtkosten, da die Erhöhung der Kosten kompensiert wird, was Ortsvorsteher Schmitz begrüßte. „Das hat schon fast historische Ausmaße, was wir heute beschließen“, sagte er. Die Aufenthalts- und Funktionsbereiche der beiden Löschzüge wurden so konzipiert, dass es eine gewisse Trennung zwischen den beiden Feuerwehren gibt

und die Eigenständigkeit als „Ortsverein Feuerwehr“ gegeben bleibt.

Im Herbst sollen die Abrissarbeiten beginnen, eine erste Ansiedlung von Betrieben und der Feuerwehr ist für 2022/23 geplant. Bei der Entwicklung der Fläche sollen sowohl die Städtebauziele eines Konversionsgeländes als auch die Umweltziele erfüllt werden. Es ist angedacht, alle erhaltenswerten Bäume in der Planung zu berücksichtigen. Eine Parkanlage und weitere Grünflächen sollen ebenfalls errichtet werden. Wo es der Zustand der Gebäude zulässt, sollen sie nachhaltig saniert werden.

Nicht bei allem einig

Sven Teuber (SPD) freute zwar die breite Zustimmung, er wünsche sich aber, dass die Menschen auch weiterhin in Trier arbeiten und wohnen könnten und verwies auf steigende Mieten und Baupreise. Bei diesem Thema fordert er eine ebenso große Einigkeit im Stadtrat.

Sozialarbeit hilft vor Ort

Konzept zur Gemeinwesenarbeit bis Ende 2023 verlängert

Der Stadtrat verlängerte das städtische Konzept zur Gemeinwesenarbeit in den Stadtteilen Kürenz (Treffpunkt am Weidengraben), Trier-Nord (Bürgerhaus), Pallien (Magnerichstraße), Trier-West (Dechant-Engel-Haus) und Trier-Süd (Schammatdorf). Die Gesamtausgaben liegen in den drei Jahren bis 2023 bei rund 420.000 Euro. Fortgesetzt wird außerdem die Gemeinwesenarbeit in Ehrang. Dort werden wegen des Auslaufens der Soziale Stadt-Förderung in den Jahren 2022 und 2023 jeweils 765.000 Euro fällig. Im Stadtrat bedankte sich Trier-Wests Ortsvorsteher Marc Borkam bei den Fraktionen, dass die Projekte

in seinem Stadtteil fortgesetzt werden.

Die Gemeinwesenarbeit gibt es in dieser Form seit 2014. Sie soll in Stadtteilen mit besonderen sozialen Problemen die Entwicklung absichern. Eine erfolgreiche Gemeinwesenarbeit kann nach Einschätzung des zuständigen Jugendamts dazu beitragen, finanzielle Aufwendungen in anderen Bereichen zu minimieren.

Für eine Debatte sorgte die Frage, ob die Gemeinwesenarbeit zusätzlich zu der Vorlage des Stadtvorstands auf Mariahof ausgeweitet werden soll. Die Zusatzkosten in den Jahren 2021 bis 2023 liegen zwischen

75.000 und 78.000 Euro. Entsprechende Anträge hatten die Fraktionen von CDU und SPD vorgelegt. Darin wird jeweils darauf verwiesen, dass es auch in diesem Stadtteil einen Bedarf gebe und dass sich der Ortsbeirat dafür ausgesprochen habe. Zudem sei die Förderung durch einen Sponsor schon vor einiger Zeit ausgelaufen.

Die Anträge unterschieden sich aber in der Einschätzung, ob angesichts der schwierigen Haushaltslage konkrete Vorschläge zur Gegenfinanzierung vorbereitet werden sollen. Die CDU setzte sich schließlich mit ihrem Vorschlag durch, die Zusatzausgaben in die bevorstehende Beratung des Haushalts 2021 aufzunehmen.

Höherer Bedarf angemeldet

In den Vorberatungen für die Verlängerung der Gemeinwesenarbeit hatten die Träger einen teilweise deutlich höheren Bedarf angemeldet. Die Steigerungswünsche im Vergleich mit den Zahlungen 2020 betragen im Durchschnitt 20 Prozent. Auch wenn man der inhaltlichen Begründung teilweise folgen könne, so das städtische Jugendamt, bestehe für die Stadt angesichts der sehr schwierigen Haushaltslage bei diesen freiwilligen Leistungen nur ein sehr enger Spielraum zur Erhöhung der Zuschüsse im Rahmen einer Einzelfallprüfung.

Mittelstreifen mit Bäumen

Im Norden schließt die Verbindungsstraße mit einem Kreisverkehr an die Horn- und Markusstraße an. Südlicher Anknüpfungspunkt ist die Straße An der Lokrichthalle, die weiterführt zum schon bestehenden Kreisel Im Speyer. Die außerdem geplante Anbindung an die Luxemburger Straße durch eine neue Eisenbahnunterführung wird aufgrund der noch ausstehenden Abstimmung mit der Deutschen Bahn AG zur Kostenverteilung verschoben.

Neben Abbiegestreifen an den Grundstückseinfahrten ist ein grüner Mittelstreifen geplant, der mit 33 Am-

Auf dem Mittelweg durch Trier-West

Baubeschluss für neue Verbindungsstraße

Sie ist ein Schlüsselprojekt im Masterplan für Trier-West: Eine neue Verbindungsstraße entlang der Bahnlinie soll als neue Nord-Süd-Achse die Eurerer und die Luxemburger Straße entlasten. Zugleich dient sie zur Erschließung des geplanten Bahnhaltepunkts Trier-West und zur Anbindung des Wohn- und Gewerbegebiets Bobinet/Ausbesserungswerk. Der Stadtrat hat dafür jetzt mit großer Mehrheit den Baubeschluss getroffen. Die Kosten für die rund 1,1 Kilometer lange Trasse werden mit 15 Millionen Euro beziffert.

berbäumen bepflanzt werden soll. Südlich des Bahnhaltepunkts sind beidseitig Fahrradstreifen und gepflasterte Gehwege vorgesehen. Im nördlichen Abschnitt reicht der Platz nur für einen Gehweg auf der östlichen Straßenseite aus.

Von den veranschlagten Kosten von 15 Millionen Euro entfallen allein 4,2 Millionen auf den Grunderwerb und auf Entschädigungen für Betriebsumsiedlungen. Die Stadt erwartet einen Zuschuss von maximal 10,8 Millionen Euro aus einem Bund-Länder-Programm für Städtebau. Somit verbleibt ein städtischer Eigenanteil von 4,2 Millionen. Momentan ist der Baubeginn für Mitte August 2021 im südlichen Abschnitt geplant. Rund zwei Jahre später soll die Straße fertig sein.

Im Stadtrat gab es für das Projekt 43 Ja-Stimmen bei sieben Gegenstimmen der Grünen und des parteilosen Ratsmitglieds Dr. Ingrid Moritz. In der kurzen Debatte kritisierte Dominik Heinrich (Grüne) die „enormen Kosten“ für ein Projekt, das zusätzlichen Verkehr erzeugen werde, statt ihn zu reduzieren. Im Ortsbeirat Trier-West wurde das Vorhaben aufgrund der erwarteten Entlastung für die bestehenden Verkehrsachsen begrüßt und einstimmig angenommen, wie Ortsvorsteher Marc Borkam berichtete. kig



Anlaufpunkt. Der Treffpunkt am Weidengraben liegt am Rand der gleichnamigen Siedlung in der Nähe der Grundschule. Foto: Presseamt/pe

BAUSTELLEN

Bei den Bauarbeiten Am Pfahlweiher ist die **Kreuzung Clara-Viebig Straße/Am Sandbach** bis Freitag, 25. Oktober gesperrt. Die Linie 5 und die Busse der Linie 83 mit Ziel Feyen/Weismark enden wie bisher an der Haltestelle Weismark/Pfahlweiher. Nachtbusse der Linie 83 mit Ziel Grafenschaft um 0.45, 1.45 und 2.45 Uhr ab Hauptbahnhof fahren bis Grafenschaft die reguläre Route, dann zurück bis zur Station Kirchspiel, weiter über B 268, Uferstraße, St. Matthias, Aulbrücke zur Haltestelle Weismark/Pfahlweiher. Dort wenden sie und fahren zurück bis St. Matthias und weiter zum Hauptbahnhof.

Die **Dietrichstraße** ist wegen Pflasterarbeiten ab der Ecke Wilhelm Rautenstrauch-Straße bis zur Hausnummer 46 für den Fahrzeugverkehr gesperrt. Betroffen ist insbesondere der Lieferverkehr Richtung Hauptmarkt. Der Hauptmarkt und der hinter dem Bauhof liegende Abschnitt der Dietrichstraße können alternativ über die Jakob- oder Simeonstrasse angefahren werden. Die Bauarbeiten dauern voraussichtlich bis 6. November.

Umsetzung des Digitalpakts

In der Sitzung des Steuerungsausschusses am Donnerstag, 29. Oktober, 17 Uhr, Rathssaal, geht es unter anderem um den aktuellen Stand beim Digitalpakt, die Projektanträge aus den Stadtteilen Kürenz, Heiligkreuz und Kernscheid für das Landesförderprogramm „Stadtdörfer“ sowie um den städtischen Haushaltsbericht zum zweiten Tertial 2020. red



Aufbruch. Im letzten Abschnitt des Straßenausbaus Zum Pfahlweiher wird die alte Fahrbahndecke an der Einmündung Sandbach abgetragen. Zur Finanzierung werden einmalige Ausbaubeiträge von den Anliegern erhoben. Foto: PA/kig

Wiederkehrend statt einmalig

Gesetz zu Ausbaubeiträgen geändert / Übergangsfrist für laufende Projekte

Die Anliegerbeiträge für den Straßenbau waren schon oft ein heißes Eisen in der Kommunalpolitik, zuletzt bei der Eltzstraße in Pfalzel. Inzwischen hat sich die Gesetzeslage verändert.

Von Ralph Kießling

Weil die Kosten zwischen Baubeschluss und Baubeginn stark gestiegen waren, hatten die Anlieger der Eltzstraße gegen die hohe finanzielle Belastung durch die Ausbaubeiträge protestiert. Der Stadtrat entschloss sich deshalb zu einem Systemwechsel: Statt einmaliger Beiträge für die Anlieger einer Straße werden wiederkehrende Beiträge von allen Grundstückseigentümern in Pfalzel

erhoben. Somit wird die private Kostenbeteiligung für Straßenbauprojekte auf mehr Schultern verteilt.

Seit Mai gilt diese Regelung für ganz Rheinland-Pfalz: Ein neues Gesetz sieht vor, dass die Kommunen in der Regel wiederkehrende Beiträge erheben sollen. Dafür können Abrechnungsgebiete mit bis zu 20.000 Einwohnern gebildet werden. In Trier bietet sich zum Beispiel die Einteilung nach Ortsbezirken an.

Im Baudezernatsausschuss erläuterte Sachgebietsleiterin Anke Schmitz vom Amt StadtRaum Trier die Auswirkungen der Gesetzesänderung für laufende Projekte in Trier. Betroffen sind Benediktinerstraße, Zum Pfahlweiher, Walramsneustraße, Loebstraße sowie Bleichstraße/Zur-

laubener Ufer. Zum Teil sind diese Projekte bereits abgeschlossen, aber noch nicht vollständig abgerechnet. Würde man jetzt auf das neue System umstellen, wären für die Stadt Rückzahlungen bereits geleisteter Beiträge mit sechs Prozent Zinsen fällig. Ein weiteres Problem entsteht durch Schongebiete: Grundstückseigentümer, die in den letzten 20 Jahren Ausbaubeiträge zahlen mussten, sind von den wiederkehrenden Beiträgen befreit. Im Abrechnungsgebiet Feyen/Weismark gehört zum Beispiel rund die Hälfte der Grundstücke zum Schongebiet. Angesichts dieser Probleme empfahl Schmitz, die bis Ende 2023 geltende Übergangsfrist zu nutzen und die laufenden Projekte nach dem alten System abzurechnen.

Lärmschutzwand statt Bahnübergang

Wegen mangelnder Sicherheit und hoher Modernisierungskosten soll der Bahnübergang in der Kapellenstraße in Ehrang geschlossen werden. Darüber informierte Ulrike Ludewig von der DB Netz AG die Mitglieder des Dezernatsausschusses IV. Der seit 1958 bestehende Bahnübergang wird größtenteils von Fußgängern genutzt, wobei die Öffnung der Schranke telefonisch beim Fahrdienstleiter in Wittlich angefordert werden muss. Die DB Netz AG verfolge das Ziel, ebenerdige Bahnübergänge, die ein hohes Unfallrisiko bergen, zu schließen, sofern es zumutbare Alternativen gebe, so Ludewig. Im Fall Kapellenstraße müssten Fußgänger einen sechsminütigen Umweg zum Übergang Quinter Straße in Kauf nehmen. Nach Wegfall des Bahnübergangs soll die Lücke in der vorhandenen Lärmschutzwand geschlossen werden. Für den Rettungsdienst wird eine Tür eingebaut, sodass der Zugang zu den Gleisen bei einem Notfall möglich ist. kig

Quartierstour in Trier-Nord

Im Rahmen des Förderprogramms „Soziale Stadt“ bietet das Quartiersmanagement Trier-Nord einen Stadtteilspaziergang am Samstag, 24. Oktober, ab 10 Uhr, an. Treffpunkt ist am Büro des Quartiersmanagements, An der Feldport 16/Ecke Thyrsstraße. Im Mittelpunkt stehen die Fragen, was sich in den letzten Jahren vor allem im Quartier zwischen Wasserweg und Verteilerring verändert hat, wo neue Entwicklungen anstehen und welche Herausforderungen zu meistern sind. Interessenten für die Tour sollten sich bis spätestens 22. Oktober per E-Mail (maria.ohligh@woege.de) oder telefonisch (0651/1454722) anmelden. red

OBs fordern Unterstützung

Stärkung der Ordnungsämter und Hilfe bei Altschulden im Blickpunkt

Bei einem Treffen in Trier unterschrieben Oberbürgermeisterin Jutta Steinruck (Ludwigshafen) und ihre Kollegen Michael Ebling (Mainz), David Langner (Koblenz), Klaus Weichel (Kaiserslautern) und Wolfram Leibe (Trier) ein Positionspapier für die Stärkung der kommunalen Ordnungsdienste und der Behördennummer 115 sowie die an Bund und Land gerichtete Resolution „Weitere Stärkung der kommunalen Finanzen und Lösung der Altschuldenproblematik sind essentiell für eine auskömmliche kommunale Daseinsvorsorge!“

„Ordnungsämter sind in zentraler Rolle während der Coronakrise und im Dauer-Einsatz das Gesicht der öffentlichen Hand“, stellten die OBs fest. Kommunale Ordnungsämter müssten für die fortdauernde Coronakrise in ihrer Personalstärke – ent-

sprechend den Gesundheitsämtern – finanziell so abgesichert werden, dass sie den neuen und intensiven Aufgaben gerecht werden können. Die Regelungsdichte im Jahr 2020 sei einmalig im historischen Vergleich. „Je weiter die Corona-Maßnahmen gelockert werden, desto höher werden die Komplexität der Einzelmaßnahmen und damit die Kontrollintensität. Abstandsregeln, Gästelisten, Obergrenzen und Maskenpflicht sind dabei nur die bekanntesten Aspekte der aktuellen Schutzvorgaben, deren Einhaltung kontrolliert werden muss. Diesbezüglich besteht nämlich auch – zurecht – eine Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürger, die nur mit mehr Personal dauerhaft erfüllt werden kann.“ Zu den Forderungen gehört auch, zusätzliche Ressourcen für die

Stärkung der deutschlandweiten Behördennummer 115 und der kommunalen Telefonzentralen bereitzustellen, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter derzeit sehr viel mehr Anrufe der Bürgerinnen und Bürger beantworten müssen als sonst. So hat etwa allein die Nachfrage in Trier in den ersten acht Monaten 2020 gut eine Viertelmillion Anrufe erreicht – normalerweise sind jährlich im Schnitt rund 160.000 bei dem gemeinsamen Servicecenter von Stadtverwaltung und Landkreis zu zeichnen.

Ungelöste Altschuldenfrage

Sorgen bereitet auch die nach wie vor ungelöste Altschuldenproblematik. In ihrer Resolution dazu weisen die Verwaltungschefs darauf hin, dass es derzeit in Deutschland die schwerste Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg gebe. „Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zurecht handlungsfähige Kommunen sowie grundgesetzlich festgeschriebene Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Städten und Gemeinden.“ Die Coronakrise führe möglicherweise bis mindestens 2023 zu weiteren signifikanten Mindereinnahmen der Kommunen. Zu rechnen sei auch mit einem Anstieg der Sozialausgaben. Die Oberbürgermeister fordern: „Weitere finanzielle Mittel sowie die Lösung der Altschuldenproblematik sind zwingend notwendig, um auch zukünftig die vielfältigen Anforderungen der kommunalen Selbstverwaltung ordnungsgemäß zu erfüllen.“ mic

Schuldenberg steigt um 27 Millionen Euro

Stadtrat beschließt zweiten Nachtragshaushalt

Der Stadtrat hat den zweiten Nachtragshaushalt 2020 gegen die Stimmen der AfD und des parteilosen Ratsmitglieds Dr. Ingrid Moritz verabschiedet. Wichtigste Kennziffer ist die Steigerung des Defizits um knapp 27 auf jetzt rund 70 Millionen Euro. Davon entfallen nach Aussage von OB Wolfram Leibe allein rund 23 Millionen Euro auf die Bewältigung der Corona-Folgen. Dazu gehören das Programm „Trier hilft sofort“, die Unterstützungszahlungen an die städtischen Beteiligungen, darunter die Stadtwerke, aber auch Ertragsausfälle und Aufwandssteigerungen in der Kultur und im Sport. Allein bei den Freibädern sind Ausgaben von rund 800.000 Euro nicht gegenfinanziert. Leibe verteidigte erneut den Beschluss des Stadtvorstands, die Freibäder trotz Corona-Auflagen zu öffnen: „Dabei hatten wir vor allem die Triererinnen und Trierer im Blick, die diesen Sommer wegen der Pandemie nicht in den Urlaub fahren konnten.“

20 Millionen Steuerausfälle

In seiner Erläuterung des zweiten Nachtragshaushalts verwies der OB aber auch darauf, dass man das Zusatzdefizit von 27 Millionen Euro auch vor dem Hintergrund sehen müsse, dass die genaue Höhe und das Zahlungsdatum von zugesagten Zuschüssen von Bund und Land noch nicht feststehen würden. Daher habe man diese Zuwendungen nicht im Nachtragshaushalt berücksichtigt.

Die Haushaltslage ist insgesamt auch deswegen schwierig, weil vor allem durch die Coronakrise mit Steuerausfällen von 20 Millionen Euro gerechnet wird. Betroffen ist nicht nur die Gewerbesteuer, sondern auch der städtische Anteil an der Einkommenssteuer, die durch die Kurzarbeit von vielen Arbeitnehmern sinkt. Bei der Bettensteuer hatte die Stadt 2019 noch Einnahmen von rund 1,2 Millionen Euro. Weil es vor allem während des Lockdowns im Frühjahr erhebliche Einbrüche im Tourismus gab, rechnet die Stadt 2020 nur noch mit rund 700.000 Euro. Außerdem drohen Mehrausgaben im Sozialbereich, wenn nach der Coronakrise bei immer mehr Menschen die Kurzarbeit ausläuft und eine längere Phase ohne Job zu befürchten ist. Leibe fasste seine Einschätzung in einem Satz zusammen: „Die Corona-bedingten Auswirkungen tun uns echt weh.“

Ein Dauerbrenner bei der Haushaltskonsolidierung sind die sogenannten „freiwilligen Leistungen“. Dabei geht es nach Aussage von Leibe für sehr viele Bürgerinnen und Bürger um essentielle Leistungen, vor allem in den Bereichen Schulen, Sport, Freizeit und ÖPNV. Dieses Thema spielt auch in den bevorstehenden Beratungen für den Haushalt 2021 eine zentrale Rolle. Leibe sprach sich dagegen aus, die kommunalen Investitionen zurückzuführen: „Das hätte drastische Folgen für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt, die ohnehin schon unter den Corona-Folgen leiden.“ pe



Besiegelt. Jutta Steinruck (Ludwigshafen), David Langner (Koblenz), Wolfram Leibe (Trier), Dr. Klaus Weichel (Kaiserslautern) und Michael Ebling (Mainz, v. l.) unterzeichnen zwei gemeinsame Erklärungen. Foto: Presseamt/kig

TRIER TAGEBUCH

Vor 45 Jahren (1975)

17. Oktober: Der Stadtrat beschließt die Erhöhung der Stadtbustarife ab 1. November.

Vor 15 Jahren (2005)

15. Oktober: Die Verkehrsbetriebe der Stadtwerke feiern ihren 100. Geburtstag. Die erste „Elektrische“ chauffiert etwa 10.500 Trierer in Richtung Pallien.

18. Oktober: Altbundeskanzler Helmut Schmidt erhält bei einem Festakt den Oswald-von-Nell-Breuning-Preis der Stadt.

Vor 10 Jahren (2010)

19. Oktober: Der Stadtfeuerwehrverband feiert sein 25-jähriges Bestehen.

20. Oktober: Ein 24-Stunden-Service an 365 Tagen im Jahr wird durch das neue Online-Ausleihangebot der Stadtbibliothek möglich. Die Onleihe Rheinland-Pfalz ermöglicht die Nutzung von Büchern, Filmen, Hörbüchern und Zeitschriften.

aus: Stadttrierische Chronik

Lesestoff für die Herbstferien

Unter dem Motto „All you can read“ bietet die Stadtbücherei im Palais Walderdorff vom 19. bis 23. Oktober die Möglichkeit, aussortierte Bücher als „Lesefutter“ für die Herbstferien mitzunehmen. Sie werden auf einem Tisch präsentiert. Weitere Infos gibt es online unter www.stadtbuecherei-trier.de.

red



Klangkörper. Der Trierer Opernchor mit seinem Dirigenten Martin Folz (vorn, 2. v. l.)

Foto: Martin Kaufhold

Zwischen Hoffen und Bangen

Opernchor präsentiert Oratorium nach dem Tagebuch von Anne Frank

Der britische Komponist James Whitbourn schuf 2004 mit seinem Oratorium „Annelies“ nach dem Tagebuch von Anne Frank ein beeindruckendes Werk. Die Texte sind ein besonders berührendes Dokument über die Schrecken des Holocausts. Am 18. Oktober ist das Oratorium in einer Produktion des Trierer Theaters zu erleben.

In ihrem Tagebuch verfasste Anne Frank ab September 1942 Einträge in Briefform an imaginäre Freundinnen,

da ihr der Kontakt zu Klassenkameradinnen verwehrt war. Das Schreiben war für das jüdische Mädchen Anne Frank immer wieder eine Therapie, um den Alltag im Versteck auszuhalten. Ihr Vater, der als einziges Familienmitglied die Shoah überlebte, veröffentlichte ihr Tagebuch nach dem Krieg. Es wurde ein riesiger internationaler Erfolg und diente als Vorlage für verschiedene künstlerische Produktionen. Hoffen und Bangen liegen in Whitbourns Oratorium „Annelies“ genau so nah beieinander wie

die Wirklichkeit der Geflüchteten und ihre Träume.

Der Trierer Opernchor setzt mit dem Oratorium am Sonntag, 18. Oktober, 18 Uhr, Kirche St. Ambrosius in Trier-Nord, ein Zeichen für Zivilcourage, Menschenrechte und eine friedlichere Welt. Unter der Leitung von Martin Folz übernimmt die Sopranistin Silja Schindler die Solo-Rolle. Karten sind online (www.theater-trier.de) erhältlich sowie an der Theaterkasse: theaterkasse@trier.de und 0651/718-1818.

red

Fünf Nachmittage zum Basteln

Der Herbst ist die Zeit der gemütlichen Bastelnachmittage. Das Stadtmuseum Simeonstift bietet an fünf Terminen, jeweils 14.30 bis 16 Uhr, Einführungs- und Auffrischkurse für verschiedene Design-Techniken zum Selbermachen an. Die Kurse richten sich gleichermaßen an Kinder und Erwachsene. Sie können natürlich auch von Familien gebucht werden. Folgende Schwerpunkte sind geplant:

17. Oktober: Makramee

31. Oktober: Papercut

14. November: Porzellan mar-morieren

28. November: Holz

12. Dezember: Origami.

Für die Teilnahme an allen fünf Terminen gibt es ein Kombiticket. Eine Anmeldung ist erforderlich unter museumspaedagogik@trier.de oder 0651/718-1452. Die maximale Teilnehmerzahl beträgt zehn Personen pro Termin.

red

Highlights bei Führung erleben

Jeden ersten Sonntag im Monat bietet die Wissenschaftliche Bibliothek der Stadt Trier um 11 Uhr eine einstündige Führung durch die Ausstellung „Hundert Highlights“ an. Die Gäste erleben hierbei ausgewählte Objekte, die ihnen die schier unerschöpfliche Bandbreite der Trierer Bestände vor Augen führen. Treffpunkt ist der Eingang der Bibliothek in der Weberbach 25. In der nächsten Veranstaltung am Sonntag, 1. November, geht es um Bücher und ihre Ausstattung. Weitere Infos unter: www.stadtbibliothek-weberbach.de.

red

Maske auf in Taxi, Bus und Schiff

Ordnungsämter kontrollieren landesweit

Prävention und Kontrolle standen im Mittelpunkt des landesweiten Masken-Kontrolltags am vergangenen Mittwoch. Auch das Ordnungsamt der Trierer Stadtverwaltung hat sich mit Unterstützung von Polizei und Stadtwerken daran beteiligt.

Von Michael Schmitz

Insgesamt 16 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsamtes waren in zwei Schichten bis in den Abend unterwegs, um möglichst viele Bürger und Bürgerinnen an die Maskenpflicht zu erinnern und bei Nichtbeachtung zu warnen. Unterstützt wurden sie von Polizeibeamten, die die Kontrollgänge begleiteten. Das Ordnungsamt kontrollierte unter anderem an mehreren Bushaltestellen (Hauptbahnhof, Treviris-Passage, IGS, Spitzmühle) mehrere Hundert ÖPNV-Nutzer. Es wurden vereinzelte Fälle festgestellt, bei denen keine Masken getragen wurden oder der Mundschutz unter der Nase hing. Am häufigsten war die Nichtbeachtung der Maskenpflicht an den Haltestellen, wo aber ebenfalls das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes vorgeschrieben ist.

Regelmäßige Durchsagen

Überprüft wurden auch Gewerbebetriebe beispielsweise im Alleencenter. Die Besucher werden hier über Videobotschaften und Durchsagen kontinuierlich auf das Tragen des

Mundschutzes hingewiesen. Vereinzelte Personen wurden vom Ordnungsamt angesprochen, weil sie dennoch keine Masken trugen. In mehreren Spielhallen stellten die Beamten ebenfalls keine größeren Verstöße fest. Ein überprüfbares Fitnessstudio muss bei der Hinweis-Beschilderung nachbessern. Auf dem Bahnhofsvorplatz kontrollierten die Beamten auch mehrere Taxifahrzeuge, die sich aber alle an die Hygieneregeln hielten. Auf der Agenda des Ordnungsamtes stand auch die Kontrolle eines Kinos, bei dem sich zeigte, dass die Hygienemaßnahmen korrekt umgesetzt wurden. Gemeinsam mit der Wasserschutzpolizei wurden zudem auch Fahrgastschiffe auf der Mosel kontrolliert. Auch hier gab es keine Beanstandungen.

Dezernent rät zu Vorsicht

Ordnungsdezernent Thomas Schmitt zeigte sich mit den ersten Ergebnissen des Einsatzes zufrieden, mahnt aber angesichts steigender Fallzahlen auch in Trier zu großer Vorsicht: „Generell halten sich die Triererinnen und Trierer sehr gut an die vereinbarten Regeln. Wir dürfen aber nicht nachlässig werden, um die Ausbreitung der Pandemie im Griff zu behalten.“ Und weiter: „Viele der jüngsten Fälle resultieren aus privaten Feiern und der Ansteckung im familiären Umfeld. Auch dabei bitten wir deshalb um strikte Einhaltung der Regeln und besondere Achtsamkeit.“



Maske auf? Markus Hettinger und Stephanie Schneider vom Kommunalen Vollzugsdienst im Gespräch mit einem Taxifahrer: Bei den Kontrollen der Fahrzeuge gab es keine Beanstandungen. In Gesprächen erfuhren die Beamten, dass auch die meisten Fahrgäste Verständnis für die Corona-Auflagen zeigten (Foto oben). Unterstützt wurden die Beamten des Ordnungsamtes beim Maskenkontrolltag durch Beamte der Polizeiinspektion Trier (Foto unten). Fotos: PA/mic



JUBILÄEN/ STANDESAMT

Vom 5. bis 10. Oktober wurden beim Standesamt 45 Geburten, davon 18 aus Trier, zwölf Eheschließungen und 39 Sterbefälle, davon 17 aus Trier, beurkundet.

Eheschließungen
Alexandra Elisabeth Farfal und Michael Hans Langenbach, Thyrsusstraße 29, 54292 Trier, am 10. Oktober.

Pflege-Gutachten vorbereiten

Die nächste Sprechstunde der Pflegestützpunkte im Seniorenbüro beginnt am Donnerstag, 22. Oktober, 14 Uhr. Uschi Swoboda vom Stützpunkt in der Kochstraße erläutert Grundlagen der Begutachtung, die die Basis für die Festlegung einer Pflegestufe sind. Zur Teilnahme ist eine Anmeldung erforderlich (0651/75566). red

Edelstein-Schau in der Stadtbücherei

Die Stadtbücherei Trier zeigt im Palais Walderdorff noch bis 28. November die Ausstellung „Edelsteine pur“ mit selbstdesignten Arbeiten von Uwe Hohmann. Schon als Kind lernte er die Welt der transparenten Edelsteine kennen und schätzen. Später stellt er Edelsteine auf Kunsthandwerker-Märkten und Edelsteinmessen aus und brachte sich das Wissen um Design und Vertrieb selber bei. Die Ausstellung umfasst 146 Exponate. red

Feiertagsruhe respektieren

Für die „stillen Feiertage“ Allerheiligen (1. November), Volkstrauertag (15. November), Totensonntag (22. November), Heiligabend (24. Dezember) sowie den ersten und zweiten Weihnachtstag bittet das Ordnungsamt um die Respektierung der Feiertagsruhe. Bis 11 Uhr soll wie an Sonntagen alles unterlassen werden, was die Gottesdienste stören kann. Außerdem bestehen Einschränkungen und teilweise Verbote für Veranstaltungen und Darbietungen, die nicht dem religiösen Charakter dieser Feiertage entsprechen. Besonders gilt das für Tanz- und Unterhaltungsveranstaltungen an Allerheiligen sowie am Volkstrauer- und Totensonntag ab 4 Uhr und Sportevents, die bis 13 Uhr nicht zulässig sind. An Heiligabend sind sie ab 13 Uhr nicht mehr erlaubt. An Weihnachten gilt das Verbot von Tanzveranstaltungen von Heiligabend, 13 Uhr, bis zum ersten Feiertag um 16 Uhr.

Gleichzeitig weist das Ordnungsamt darauf hin, dass an Allerheiligen reine Unterhaltungsveranstaltungen ab 20 Uhr wieder möglich sind. Verstöße gegen diese Regelung können als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden. Weitere Infos beim Ordnungsamt, Telefon: 0651/718-2127 und -1323. red

BLITZER AKTUELL

In folgenden Straßen muss in den nächsten Tagen mit Kontrollen der kommunalen Geschwindigkeitsüberwachung gerechnet werden:

- Mittwoch, 14. Oktober:** Trier-Nord, Franz-Georg-Straße.
 - Donnerstag, 15. Oktober:** Olewig, Auf der Ayl.
 - Freitag, 16. Oktober:** Trier-Süd, Medardstraße.
 - Samstag, 17. Oktober:** Trier-Mitte/Gartenfeld, Ostallee.
 - Montag, 19. Oktober:** Feyen/Weismark, Pellingier Straße.
 - Dienstag, 20. Oktober:** Ehrang/Quint, Quinter Straße.
- Auch an anderen Stellen sind Kontrollen möglich. red

TRIER Amtliche Bekanntmachungen

Sitzung des Steuerungsausschusses

Der Steuerungsausschuss tritt am Donnerstag, 29.10.2020, 17:00 Uhr, Großer Rathaussaal, Rathaus, Verw. Geb. I, Am Augustinerhof, zu seiner nächsten Sitzung zusammen.

Tagesordnung:

- Öffentliche Sitzung:**
1. Berichte und Mitteilungen
 2. Reporting Digitalpakt
 3. Teilnahme der Stadt Trier an dem vom Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz geförderten Prozess „Stadtdörfer“ mit den Stadtteilen Heiligkreuz, Kernscheid und Kürenz“ und Beantragung eines Rahmenförderbescheides Förderung aus dem Investitionsstock des Landes; Förderverfahren 2021
 5. Kommunales Investitionsprogramm 3.0 - Rheinland-Pfalz (KI 3.0), Kapitel 1 Sachstandsbericht
 6. Kommunales Investitionsprogramm 3.0 - Rheinland-Pfalz (KI 3.0), Kapitel 2 Sachstandsbericht
 7. Haushaltsbericht der Stadt Trier zum II. Tertial 2020
 8. Fachcontrolling Bericht des Personalamtes zum II. Tertial 2020
 9. Annahme von Zuwendungen im Wert von bis zu 50.000,00 EURO gem. § 94 Abs. 3 GemO vom 15.08.2020 bis 18.09.2020
 10. Einzahlung in die Kapitalrücklage der SWT AöR (Straßenbeleuchtung)
 11. Kooperation Forschungszentrum Mittelstand
 12. Neufassung der Gebührensatzung des Zweckverbands A.R.T. zum 01.01.2021
 13. Änderungssatzung über die Erteilung von Erlaubnissen für Sondernutzung an öffentlichen Straßen in der Stadt Trier und die Erhebung von Sondernutzungsgebühren – Anliegerschutz
 14. Änderungssatzung über die Erteilung von Erlaubnissen für Sondernutzung an öffentlichen Straßen in der Stadt Trier und die Erhebung von Sondernutzungsgebühren – Erweiterung der Wertzone 3
 15. Bedarfs- und Grundsatzbeschluss Umbau der Tourist Information Trier zum Trierer Info Zentrum und außerplanmäßige Mittelbereitstellung im Finanzhaushalt 2020 gemäß § 102 Gemeindeordnung (GemO)
 16. Mieterhöhung in Teilen des städtischen Wohnungsbestandes
 2. Schritt
 17. Energie- und Technikpark Trier: Ausgleichsmaßnahme „Mohrenkopf“ – Grundsatz-, Bedarfs- und Baubeschluss Verpflichtungsermächtigung zur außerplanmäßigen Mittelbereitstellung gem. § 102 Gemeindeordnung (GemO)

Nichtöffentliche Sitzung:

18. Berichte und Mitteilungen
 19. Auftragsvergabe
 20. Grundstücksangelegenheit
 21. Vertragsangelegenheit
 22. Personalangelegenheiten
 23. Verschiedenes
- Trier, den 05.10.2020 gez. Wolfram Leibe, Oberbürgermeister
- Hinweis:** In Umsetzung der 11. Corona-Bekämpfungsverordnung des Landes Rheinland-Pfalz vom 11.09.2020 ist die Anzahl der Gäste in der Sitzung begrenzt. Bitte beachten Sie die Hinweise vor Ort. Diese Bekanntmachung finden Sie auch im Internet unter www.trier.de/bekanntmachungen.

Öffentliche Bekanntmachung

Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum – Mosel, Tessenowstr. 6
- Landentwicklung und Ländliche Bodenordnung -
Az.: 71523-HA2.3 54295 Trier, den 05.10.2020
Telefon: 0651/9776-225
Telefax: 0651/9776-330

Öffentliche Bekanntmachung

Vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren Waldrach (Ort), Landkreis Trier-Saarburg
In Waldrach wurde 1994 ein Flurbereinigungsverfahren in der Ortslage angeordnet. Zwischenzeitlich wurden mehrere Teilabschnitte abgetrennt und diese als eigenständige Projekte fertig bearbeitet. Das verbleibende Gebiet umfasst noch eine Fläche von ca. 14 ha und ist in einer Übersichtskarte dargestellt, die im Internet unter <http://www.dlr-mosel.rlp.de> (rechts unter „Direkt zu“: Bodenordnungsverfahren → Waldrach Ort → 5. Karten → Übersichtskarte, Stand: 2020.pdf; mit der rechten Maustaste auf die Karte klicken → Link in neuem Fenster öffnen) eingesehen werden kann. Dieses Gebiet wurde bisher nicht bearbeitet. Die Nachfrage nach einer Regulierung in diesem Bereich war in den letzten Jahren rückläufig bzw. nicht vorhanden. Es ist daher beabsichtigt, das Flurbereinigungsgebiet auf die Bereiche zu reduzieren, in denen noch Bodenordnungsmaßnahmen durchgeführt werden müssen, oder das Flurbereinigungsverfahren ganz einzustellen. Für die Grundstückseigentümer, bei denen noch ein Bodenordnungsbedarf besteht, werden an den folgenden Terminen im Rathaus, Untere Kirchstr. 1, 54320 Waldrach, Zimmer 008 zwei Bürger-sprechstunden angeboten:

- Montag, den 02. November 2020 von 15:00 bis 17:30 Uhr bzw.
 - Dienstag, den 03. November 2020 von 15:00 bis 17:30 Uhr.
- Eine vorherige Terminvereinbarung ist aufgrund der anhaltenden Covid19-Pandemie dringend erforderlich.**
Bitte beachten Sie die am Eingang ausgelegten Hygienevorschriften und tragen Sie einen Mund-Nasen-Schutz.
Für Rückfragen und zur Terminvereinbarung steht Ihnen Herr Alles, Abteilungsleiter Landentwicklung im DLR Mosel, Tel.: 06531/956-121 zur Verfügung.
Fragen können Sie auch an Herrn Krämer, Ortsbürgermeister von Waldrach, Tel.: 06500/918008 richten.
Im Auftrag Gez. Torben Alles

TRIER Ausschreibung

Öffentliche Ausschreibung nach VOB:
Vergabenummer 16/20: Irbachtentkopplung – Kanalverlegung in Trier-Euren
Massenangaben: ca. 330 m Bachkanal, offene Bauweise (DN 500 SB bis DN 1000 SB); ca. 480 m Bachkanal, unterirdischer Rohrvortrieb (DN 1400 SB); ca. 8 Stk. Start- und Zielgruben inkl. Spundwandverbau; ca. 7 Stk. Schachtbauwerke aus Ortstein; ca. 455 m² Aufbruch/Wiederherstellung befestigter Oberflächen
Angebotsöffnung: Dienstag, 03.11.2020, 10:30 Uhr
Zuschlags- und Bindefrist: 29.01.2021
Ausführungsfrist: Beginn: 12 Werktagen nach Auftragserteilung; Vollendung 43. KW 2021
Die vollständigen Bekanntmachungstexte finden Sie unter www.trier.de/ausschreibungen. Dieser Text ist auch maßgeblich für eventuelle Nachweise und Erklärungen (bei Verfahren oberhalb des Schwellenwertes ist der EU-Text maßgeblich). Weitere Informationen zum Verfahren sowie die Vergabeunterlagen erhalten Sie über das Vergabeportal der Deutschen eVergabe unter www.deutsche-evergabe.de.
Die Angebotseröffnung findet in der Zentralen Vergabestelle der Stadt Trier im Amt für Bauen, Umwelt, Denkmalpflege, Verw.Geb. VI, Zimmer 6 statt.
Technische Rückfragen sollten in jedem Fall schriftlich über das E-Vergabesystem gestellt werden.

Rathaus Zeitung

Herausgeber: STADT TRIER, Amt für Presse und Kommunikation, Rathaus, Am Augustinerhof, 54290 Trier, Postfach 3470, 54224 Trier, Telefon: 0651/718-1136, Telefax: 0651/718-1138 Internet: www.trier.de, E-Mail: rathauszeitung@trier.de. **Verantwortlich:** Michael Schmitz (mic/Leitender Redakteur), Ernst Mettlach (em/stellv. Amtsleiter), Petra Lohse (pe), Björn Gutheil (gut) sowie Ralph Kießling (kig) und Britta Bauchhenß (bau/Online-Redaktion). **Veranstaltungskalender:** click around GmbH. **Druck, Vertrieb und Anzeigen:** LINUS WITTICH Medien KG, Europaallee 2, 54343 Föhren, Telefon: 06502/9147-0, Telefax: 06502/9147-250, Anzeigenannahme: 06502/9147-222. Postbezugspreis: vierteljährlich 27,37 Euro. Bestellungen, Adressenänderungen und Nachsendungen nur über den Verlag. Es gelten die allgemeinen Geschäftsbedingungen. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Dietmar Kaupp. **Erscheinungsweise:** in der Regel wöchentlich oder bei Bedarf. Kostenlose Verteilung an alle erreichbaren Trierer Haushalte. Die aktuelle Ausgabe liegt außerdem im Bürgeramt, Rathaus-Eingang, der Stadtbibliothek, Weberbach, der Kfz-Zulassung, Thyrsusstraße, und im Theaterfoyer, Augustinerhof, aus. **Auflage:** 57 500 Exemplare.

Für weitergehende Auskünfte steht die Vergabestelle unter 0651/718-4601, -4602 und -4603 oder vergabestelle@trier.de zur Verfügung.
Trier, 08.10.2020 Stadtverwaltung Trier

Diese Ausschreibung finden Sie auch im Internet unter www.trier.de/ausschreibungen

Die gemäß § 35 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz erforderlichen Bekanntgaben der in den nichtöffentlichen Sitzungen des Stadtrates oder der Ausschüsse gefassten Beschlüsse sind im Anschluss an die jeweiligen Sitzungen (als Anlage) im Internet unter <https://info.trier.de/bi/> einsehbar.

Ende des amtlichen Bekanntmachungsteils

Mehr Fans bei Eintracht und Gladiators erlaubt

Stadt einigt sich mit Sportvereinen auf Konzept

Vertreter der beiden professionellen Trierer Sportvereine haben sich mit OB Wolfram Leibe und Ordnungsdezernent Thomas Schmitt auf ein Konzept zur Wiederezulassung von Stadionbesuchen geeinigt. 1200 Fans dürfen die Basketballspiele der Römerstrom Gladiators in der Arena besuchen. Das entspricht 20 Prozent der sonst vorhandenen Sitzplätze. Etwas höher sind die absoluten Zahlen bei Eintracht Trier.

wissen um die schwierige Situation, in die die Pandemie den Sport und insbesondere die beiden Profi-Vereine gebracht hat und freuen uns, dass wir zusammen einen guten Kompromiss zwischen Einschränkungen und Möglichmachen gefunden haben“, sagte Leibe. Er habe die Vereine stets als verlässliche Partner erlebt.

Wichtig für die Freizeitgestaltung

Den Fußballspielen im Moselstadion dürfen 1500 Fans zuschauen. Um diese Zahl unter Berücksichtigung der aktuell geltenden Hygiene- und Abstandsregeln zu erreichen, werden Steh- zu Sitzplätzen umfunktioniert. In der Arena und im Moselstadion gilt außerdem jeweils ein Alkoholverbot.

Voraussetzung für diese Ausnahmegenehmigung nach der elften Corona-Bekämpfungsverordnung Rheinland-Pfalz waren von den Vereinen überarbeitete Hygienekonzepte, die das Ordnungs- und Gesundheitsamt überprüft haben. Die Ausnahmegenehmigung gilt bis zum Jahresende, kann allerdings bei Bedarf widerrufen werden. Beide Seiten begrüßten die Einigung. „Wir

Auch der für die Kontrolle der Corona-Verordnungen zuständige Dezernent Schmitt begrüßte die Vereinbarung: „Für uns ist das ein bedeutendes Anliegen, denn der Besuch von Sportveranstaltungen ist für viele Menschen wichtiger Teil der Freizeitgestaltung.“ Auch die Vereine sind froh, wieder mehr Zuschauer begrüßen zu dürfen. Björn Berens, Geschäftsstellenleiter von Eintracht Trier: „Wir bedanken uns bei den Vertretern der Stadt Trier für das Vertrauen, die Unterstützung und die Möglichkeit, wieder mehr Zuschauer im Moselstadion begrüßen zu dürfen. Wir sind uns der Verantwortung bewusst und werden alles daran setzen, das besprochene Hygienekonzept bestmöglich umzusetzen.“ em

Schulden sind ein Problem der ganzen Gesellschaft

Sparkasse fördert vier Trierer Beratungsstellen

Die Übergabe von 80.000 Euro Förderung der Sparkasse an vier Schuldnerberatungsstellen leitete Vorstandschef Dr. Peter Späth mit einer Zahl ein: „Wir sind eigentlich ein reiches Land. Dennoch sind nach dem Schuldenatlas der Creditreform zehn Prozent der Bevölkerung überschuldet.“ Umso wichtiger sei die niedrigschwellige und kostenlose Unterstützung der Betroffenen in den vier Schuldnerberatungsstellen der Caritas, der Diakonie, der Suchtberatung „Die Tür“ und der Gesellschaft für Psychologische und Soziale Dienste. Der Gesamtbetrag von 80.000 Euro wird auf der Basis der erhobenen Fallzahlen auf die vier Beratungsstellen verteilt.

Mit der regelmäßigen Förderung, komme die Sparkasse nicht nur ihrem öffentlich-rechtlichen Auftrag nach: Man bringe auch seine Wert-

schatzung für diese Arbeit zum Ausdruck, bei der es in einem Jahr über 2000 Erstkontakte gab.“ Ähnlich äußerten sich Landrat Günther Schartz und OB Wolfram Leibe, die für den Sparkassen-Verwaltungsrat an der Veranstaltung teilnahmen.

Dabei gaben die Vertreter der Beratungsstellen Einblicke in ihre Arbeit. Längst nicht nur ohnehin in prekären Verhältnissen lebende Menschen könnten in eine massive Überschuldung geraten: „Eine Spielsucht oder die Folgen einer Scheidung können auch bei gutsituierten Menschen schnell dazu führen, dass sie in einen Abwärtsog geraten“, berichtete ein Vertreter. Derzeit haben die Schuldnerberatungsstellen besonders viel Arbeit, auch weil viele der im Lockdown ausgefallenen Beratungstermine nachgeholt werden müssen. pe



Einer von vier. Das Diakonische Werk mit Geschäftsführer Carsten Stumpenhorst (2. v. r.) ist einer von vier Trägern der Schuldnerberatung, denen Sparkassenvorstandschef Dr. Peter Späth, Landrat Günther Schartz und OB Wolfram Leibe (v. l.) einen Förderscheck überreichen. Foto: Presseamt/pe

Erfolg in schwierigen Zeiten



Ende November 2019 sprachen sie kaum ein Wort Deutsch, nun haben sieben Frauen und fünf Männer, die gemeinsam in einem Integrationskurs Deutsch gelernt haben, den Deutschtest für Zuwanderer bestanden und ihre Zertifikate von VHS-Leiter Rudolf Fries erhalten. In wenigen Tagen schließen sie noch den letzten Teil des Integrationskurses, den Orientierungskurs, mit dem Test „Leben in Deutschland“ ab. Danach geht es für die meisten direkt mit dem B 2-Kurs weiter. Die Bedingungen für den Kurs waren durch Corona besonders schwierig. Zweieinhalb Monate im Lockdown ohne Präsenzunterricht wurden durch ein Online-Tutorium überbrückt. „Wir haben uns gefreut, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge das unbürokratisch förderte“, so VHS-Fachbereichsleiterin Manuela Zeilinger-Trier. Nach der Pause musste der Kurs wegen der Corona-Auflagen vom Bürgerhaus in den großen Saal am Domfreihof verlegt werden. Zudem verzichteten die Teilnehmer auf ihre Sommerferien. Foto: VHS

Steigerung trotz Corona



Zum zehnten Mal haben die Lokale Agenda 21, das ADD-Grundschulreferat und das Broadway-Kino die Kindermeilen-Kampagne in Trier organisiert. Während der Aktionswoche brachte jeder umweltfreundlich zurückgelegte Weg – zu Fuß, mit dem Roller oder Rad, per Bus oder Bahn – eine Grüne Meile. Dem Aufruf folgten trotz Corona mehr Einrichtungen als 2019. Alle Grüne Meilen werden gesammelt und auf der 26. UN-Klimakonferenz präsentiert. Die Trierer Grünen Meilen überreichten Vertreter der Grundschule Feyen und der Mutterhaus-Kita stellvertretend an Bürgermeisterin Elvira Garbes (Mitte). Wegen der Pandemie fand die Veranstaltung nicht wie gewohnt im größeren Rahmen mit Filmvorführung im Broadway-Kino statt. Foto: PA/pe

Baum für die Zukunft



Nachdem es in diesem Jahr Corona-bedingt keine offizielle Verabschiedung der ehemaligen Auszubildenden und Anwärter der Stadtverwaltung gab, wurde jetzt als Wertschätzung für ihre erbrachte Leistung ein Jahrgangsbäumchen gepflanzt. Stellvertretend für die anderen 21 Absolventen pflanzten die beiden Gärtner Nico Reis und Julian Beiling gemeinsam mit OB Wolfram Leibe, Ausbildungsleiterin Petra Steinbach und Christian Thesen vom Amt StadtRaum (von links) den Baum. Die zehn Jahre alte japanische Zelkove steht in der Südallee und wird rund 25 Meter hoch. Sie kommt gut mit Trockenheit zurecht und ist deshalb für das zukünftige Stadtklima geeignet. Die 23 Absolventen wurden auf einer Messingplatte verewigt. Foto: PA/jop

Kunstwerke unter der Lupe



Ob Flohmarktkauf oder Erbstück – fast jedes Kunstwerk hat eine spannende Geschichte zu erzählen. Am Dienstag, 13. Oktober, lädt Kunstexperte Dimitri Scher um 18 Uhr zur öffentlichen Begutachtung von Kunstwerken ins Stadtmuseum ein. Anmeldungen zur Begutachtung sind nicht mehr möglich, Zuschauer können ohne Anmeldung teilnehmen. Foto: Stadtmuseum

Abstimmen zum passenden Spruch für Trier



Über 200 Triererinnen und Trierer haben sich an der Spruchsuche für das neue Trierer Fan-Logo beteiligt. Innerhalb von zwei Wochen gingen 360 Sprüche per E-Mail, über die Seite trier-erleben.de und per Postkarte ein. Nach einer Jury-Sitzung steht fest, über welche vier Favoriten die Bürgerinnen und Bürger jetzt abstimmen können. Zur Auswahl stehen: „Unser Herz schlägt Trier“, „Trier – einfach quant“, „Mein Herz pochta!“ und „Dao semmer doahämm!“. In der Fleischstraße 52 hat die Trier Tourismus Marketing GmbH zusammen mit der City-Initiative Trier alle 360 Einsendungen in einem Schaufenster ausgestellt. Manche Sprüche sind in Reimform oder Mundart, andere mit Herz und Humor geschrieben. Die Abstimmung läuft noch bis 16. Oktober über die Internetseite trier-erleben.de. Anschließend wird der Gewinner bekannt gegeben. Das neue Logo wird mit dem Spruch anschließend auch auf einem Stadtbus präsentiert und steht dann zum Download auf trier.de zur Verfügung. Die Einsender der vier Gewinnersprüche erhalten Einkaufsgutscheine der City-Initiative. Foto: TTM